

Landesdirektion: Alle denkbaren Standorte prüfen

Weiter Streit um geplante Fotovoltaikanlage

Von EKKEHARD SCHULREICH

Bad Lausick. Keinesfalls sieht sich die Landesdirektion Leipzig als Verhinderer von Investitionen. Diesen Vorwurf des Bad Lausicker Bürgermeisters Josef Eisenmann weist die Behörde von sich und spielt den Ball zurück an das Kurstadt-Rathaus: Dort werde nicht im erforderlichen Maße gehandelt. Bewegung in die verfahrenere Sache wolle nun das sächsische Innenministerium bringen, so der Bürgermeister: Es moderiere in diesem Konflikt.

„Zu keiner Zeit haben wir uns einer Konsensfindung verschlossen“, sagt Stefan Barton, Sprecher der Landesdirektion Leipzig, auf die Bad Lausicker Kritik, die Behörde verzögere den Bau einer in Bad Lausick geplanten, 17 Hektar großen Fotovoltaikanlage, indem sie immer wieder dieselben Gegenargumente ins Feld führe. Dreimal habe die Behörde die Kurstadt in den vergangenen Monaten aufgefordert zu handeln; ohne Erfolg. Statt mit den Fachbehörden zu reden, polemisiere der Bürgermeister gegen eine angebliche Beschneidung der kommunalen Selbstverwaltung, so Barton. Das sei kein guter Stil. Und es trage nicht dazu bei, das Vorhaben der Bad Lausicker Investoren voranzubringen.

Soweit das Atmosphärische. Zu den Fakten: „Bad Lausick muss einen Standortvergleich machen, der das Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft mit Otterwisch insgesamt einbezieht“, sagt Dietmar Röhl, Leiter des Referates Raumordnung in der Landesdirektion. Statt sich auf diesen einen, von den Investoren aus begrifflichen Gründen (ihnen gehören die Flächen) favorisierten Standort zu versteifen, müsse man alle in Frage kommenden Plätze prüfen – vor allem jene, die im Einklang stünden mit dem Landesentwicklungsplan. Das betrifft etwa Industriebrachen wie die des Silikat- und des Schamottewerkes. Selbst der Viertelsberg, auf dem die Stadt – die hier eine nie genehmigte

Wohnsiedlung bauen wollte – Flächen besitzt, käme eher für Sonnenstrom in Frage als die Felder an der Straße nach Trebishain. „Der Viertelsberg wäre das kleinere Übel“, nennt es Röhl's Mitarbeiter Andreas Welzel im LVZ-Gespräch. Hier sei immerhin „ein gewisses Siedlungsgefüge erkennbar“, würde die Anlage nicht völlig frei in der Landschaft stehen und wertvollen Ackerboden beanspruchen.

Das Argument, an der Trebishainer Straße würde die Fotovoltaikanlage ein klimatisch wichtiges Kaltluftentstehungsgebiet beeinträchtigen, sei keinesfalls vom Tisch, so Röhl. Die anderslautenden Gutachten der Investoren seien „nicht tragfähig“. Wie er von der Stadt insgesamt erwarte, dass sie in eigener Sache fachlich versierter argumentiere. Denn wenn es unbedingt dieser umstrittene Standort sein sollte und kein anderer, müsste das mit einer unumstößlichen Begründung untermauert werden. Die nächsten Schritte aus Röhl's

Sicht: Alternativen prüfen, Flächennutzungsplan wasserdicht machen. Erst danach lohne es sich, für das Vorhaben vertiefende Prüfungen, etwa in puncto Umweltkompaktibilität, anzustellen.

Dass die Landesdirektion erneuerbaren Energien gegenüber aufgeschlossen sei, zeigte Dietmar Röhl an diesen Zahlen: 28 Anfragen für größere Vorhaben im Landkreis Leipzig und in Nordsachsen habe es in den vergangenen Jahren gegeben; 22 von ihnen habe man die Zustimmung erteilt oder unmittelbar in Aussicht gestellt – immerhin mit einer Gesamtleistung von 121 Megawatt.

Der Bad Lausicker Bürgermeister Josef Eisenmann will offen in Gespräche mit Landesdirektion und Landratsamt gehen. Er sieht sich nach Kontakten mit dem sächsischen Innenministerium nicht allein auf weiter Flur. „Das Ministerium wird die Sache moderierend in die Hand nehmen“, sagte er der LVZ. In einer Runde, an der auch die Investoren der RWZ Solarenergie GmbH teilnehmen sollten, „werden wir vielleicht einen Kompromiss finden“.

Josef Eisenmann: Das Ministerium wird die Sache moderierend in die Hand nehmen
